Igel 54: Entwicklung

Die Welt ist ein Dorf – das merken wir immer wieder. Das Internet und der schnelle Transport mit Flugzeugen und Schiffen lässt uns mit Menschen über den ganzen Globus Waren und Informationen austauschen. Migration und Tourismus ermöglichen Beziehungen über Länder- und Kontinentalgrenzen hinweg einzugehen. Es ist Eine Welt, in der wir Leben. Das haben Menschen, die sich in Entwicklungsgruppen und Weltläden engagieren schon lange erkannt. Doch leider sind es nicht nur positive Dinge, die uns miteinander verbinden: Armut, Umweltzerstörung und die weltweite Ungleichverteilung von Wohlstand sind Probleme, die durch rücksichtloses Ausnutzen der Globalisierung verschärft und teilweise geschaffen werden. „Entwicklungshilfe“ oder „-zusammenarbeit“ soll darauf eine Antwort sein.

Oftmals ist die gut gemeinte Hilfe, aber ebenso problematisch wie die Probleme die sie anpacken will: Geld verschwindet in Korruptionssümpfen oder fällt Verwaltungsaufwand zum Opfer. Unterstützung ist an Geschäfte mit Firmen aus den hilfeleistenden Staaten gekoppelt. Hinter „Entwicklungsprojekten“ steckt ein ganzes Bündel an weiteren Interessen, die oftmals neue Opfer von denjenigen verlangen, denen eigentlich geholfen werden soll. Letztlich verliert jedes Maß für Entwicklung, die Vielschichtigkeit menschlichen (Zusammen-)lebens aus den Augen. Wer will sich anmaßen zu bestimmen, wie Entwicklung auszusehen hat?

Unser Dorf soll schöner werden! Mit dem Titel dieser Ausgabe wollen wir ausdrücken, dass eine Verbesserung von Lebensbedingungen nur in der Zusammenarbeit unter Gleichen erfolgen kann. In den verschiedenen Artikeln berichten die AutorInnen, wie das Leben anderswo auf dieser Welt aussieht und welche positiven und negativen Schritte zur Veränderung unternommen werden. Was sich dabei „entwickelt“, ist oftmals erst hinterher so richtig zu erkennen.

Wir hoffen ihr könnt mit unseren Denkanstößen etwas anfangen und genießt die Lektüre!

Eure Redaktion

Inhalt

Titel - Entwicklung

Die Entwicklungshilfe der EU?	3
Kampf ums Tigris-Tal	4/5
Ökologie und Entwicklung gehen Hand in Hand	6/7
Werbung des Landtags	8
Weltoffenheit und Nachbarschaftsstreit	9
Musik, Maisbrei und der Traum vom Visum	10/11
Alle vier Sekunden ein Mord	12
Gemeinsam ein anderes Klima entwickeln	13
Migration und Direktüberweisung	16
David gegen Goliath	18/19

Thema

LMV in Emden	14
AKWs abschalten - Castor stoppen	15

Intern

Bericht vom Landesvorstand	17
Basisgruppenticker	20/21
Adressen und Termine	22
Impressum	23

Was’n GJN?

GJN, das ist der Landesverband der GRÜNEN JUGEND in Niedersachsen. Bei uns sind Jugendliche und junge Erwachsene bis 28 Jahren politisch aktiv und stellen so einiges auf die Beine.

Als Jugendorganisation von Bündnis 90/Die Grünen wirken wir in und außerhalb der Partei, tragen junge Positionen in die Gesellschaft.

Die GJN ist ein progressiver Jugendverband und orientiert sich an den Grundsätzen Ökologie, Basisdemokratie, Solidarität und Gewaltfreiheit.

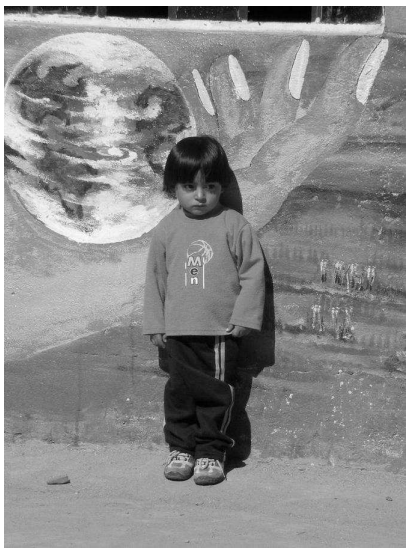
Wir bündeln und vernetzen die Aktivitäten der Basisgruppen in Niedersachsen. Dazu gehören unsere Landesmitgliederversammlungen, Seminare, Workshops und gemeinsame Großaktionen.

Wenn auch Du all dies bewirken willst, dann komm zur GJN!

Die Entwicklungshilfe der EU

Zwischen Hilfe und Selbsthilfe

Die EU leistet auf die unterschiedlichste Art und Weise bereits seit Jahrzehnten Entwicklungshilfe. Anfangs beschränkte sie sich auf die Gewährung von Zoll- und Abgabenfreiheit für Produkte aus den AKP-Ländern (afrikanische, karibische und pazifische Staaten - zumeist ehemalige europäische Kolonien), heute ähnlich dem Allgemeinen Präferenzsystem (APS), ein Entwicklungsinstrument der EU, das Zollbefreiung für Importe unter bestimmten Bedingungen vorsieht. Später wurden nicht-rückzahlbare Zuschüsse gewährt. Darüber konnten die (manchmal auch menschenrechtsverletzenden) Regierungen frei verfügen, was dazu führte, dass erhebliche Summen zweckentfremdet wurden und kaum die Entwicklung ihres Landes bereicherten. Durch die Bereitstellung erheblicher Mittel wurde die EG/EU zu einem der wichtigsten internationalen Geber von Entwicklungshilfe und damit zu einem bedeutenden Akteur in den Nord-Süd-Beziehungen. Die Frage ist nur, wie gut diese Entwicklungshilfe von außen ist und was sie dem jeweiligen Land letztendlich für Vorteile bringt. Kapital aus den Industrieländern schafft neue Abhängigkeitsverhältnisse und Geldverschiebungen. Geld gelangt oft nicht zu denen, die es wirklich brauchen, sondern wird von den Eliten häufig abgefangen. Auf untransparente Weise verschwindet das Geld vom Erdboden oder zumindest aus/in den Entwicklungsländern. Statt die Wirtschaft im betreffenden Land anzukurbeln wird die externe und damit wieder die westliche Wirtschaft gestärkt und profitiert von der Entwicklungshilfe.



Die EU-Kommission will in der Zukunft ihre Entwicklungszusammenarbeit im Umfang von derzeit 24 Milliarden Euro bis 2010 zu 50 Prozent auf Budgethilfe, also auf Zuschüsse in Staatshaushalte, umstellen, doch auch von ihren bisherigen Zielsetzungen ist sie weit entfernt. Die Frage ist, wie verantwortlich die Regierungsführung damit umgehen würde. Mehr Transparenz wird hier von Seiten der EU gefordert und gleichzeitig die Öffnung der Märkte für afrikanische Produkte. Das würde allerdings – zumindest in Afrika - den Markt verzerren und die Verbraucher gefährden. Regionale Unternehmen würden zukünftig nicht weiter bevorzugt werden und die Entwicklungen zum Beispiel im Bereich Mobilfunknetzwerke völlig ausgelagert werden. Denn europäische Anbieter bieten eine viel bessere Infrastruktur und sind somit günstiger. Bei einem kompletten Freihandel würden europäische ProduzentInnen gegenüber afrikanischen also bevorzugt werden.

Vergleicht man den Außenhandel der EU-Länder, der zu zwei Dritteln untereinander stattfindet, mit dem der afrikanischen, welcher nur zu zehn Prozent untereinander stattfindet, ist es nicht schwer sich vorzustellen, wie wichtig die bestehenden Handelsbeziehungen zwischen den afrikanischen Ländern sind und wie schwerwiegend ein Einmischen Europas hier wäre.

Fotos: Hannah Hanke, GJ Uelzen, z.Z. in Bolivien

Überall wird behauptet, Europa zahle mehr als die Hälfte der gesamten Entwicklungshilfe weltweit und diese solle noch erhöht werden, nicht gesagt wird aber, wie viel Europa davon wieder zurückbekommt und dass die Zahlen rückläufig sind. Dadurch, dass die Schuldenerlasse der vergangenen Jahre bei vielen Ländern weggefallen sind, bekamen die Entwicklungsländer in den Jahren weniger als zuvor. Konkrete Zahlen verdeutlichen, dass Europas Entwicklungshilfe im Jahr 2007 aus 0,38 Prozent des EU-Bruttonationaleinkommens (BNE) bestand.

Entwicklungshilfe sollte nur Geben und nicht Nehmen bedeuten! Wir brauchen mehr fairen Handel mit festgelegten Mindestpreisen sowie Zielsetzungen in der Entwicklungshilfe zugunsten der Bevölkerung in den Entwicklungsländern, die nicht nur auf dem Papier stehen!

Katinka Koke(20) studiert Europäisches Recht & wünscht sich fairen Handel

Kampf ums Tigris-Tal

Der Ilisu-Staudamm im Südosten der Türkei droht ein weiteres Beispiel für die verheerenden Folgen von Großstaudämmen weltweit zu werden

Hasankeyf, 19.3.2008: Auf einem frisch gepflügten Feld im Tigris-Tal im Südosten der Türkei macht ein bunter Demonstrationszug halt. Mit einer Baumpflanzaktion protestieren AnwohnerInnen, StudentInnen und LokalpolitikerInnen aus der näheren Umgebung zusammen mit zahlreichen internationalen BesucherInnen gegen den geplanten Bau des Ilisu-Staudamms. Die Menschen wollen ihre Stadt, die von der Überflutung bedroht ist, nicht aufgeben. Sie fürchten sich vor Vertreibung, Armut und dem Verlust ihrer Arbeit. Ihre traditionelle Lebensweise und bedeutende archäologische Monumente sind ebenso in Gefahr wie das Ökosystem der Region.

Hamburg, 20.8.2008: Straßentheater, Boote und Protestschilder auf der Hamburger Alster. Eine Aktion von AktivistInnen des AntiRa- und Klima-Camps hat ebenfalls den Staudammbau zum Thema. Im Visier der Kritik ist vor allem die Baufirma Züblin und die deutsche Bundesregierung, die die Finanzierung des Dammbaus durch eine Exportbürgschaft absichern soll.

Der Streit um den Ilisu-Staudamm wird über Ländergrenzen hinweg geführt. Es geht um die Lebenschancen der Menschen im Südosten der Türkei. Es geht um Großaufträge für internationale Baufirmen. Es geht um die Kontrolle der Wasserzufuhr nach Syrien und den Irak. Es geht um den Konflikt des türkischen Staates mit der dort lebenden kurdischen Minderheit. Es geht um einmalige Umwelt- und Kulturschätze. Wie an vielen anderen Orten weltweit zeigen sich in Hasankeyf und Umgebung beispielhaft die vielfältigen Probleme, die mit Staudammprojekten verbunden sind.

Kurze Geschichte des weltweiten Staudammbaus

Weltweit gibt es mehr als 45.000 Großstaudämme, die meisten davon in China. Während in den Industrieländern kaum noch Stauddämme gebaut werden, beabsichtigen Regierungen in anderen Regionen der Welt mit ihrer Hilfe Strom- und Wasserversorgung für große Gebiete sicherzustellen. Weltweit kommt 20 % des Stroms aus Wasserkraft, 12 – 16 % der Nahrungsmittelversorgung soll von der Bewässerung durch die Dämme abhängen.

Weil aber oft die ökologischen und sozialen Folgen dieser Großprojekte nicht bedacht oder ignoriert wurden, hat sich in den 1990er weltweit Widerstand gegen weitere Neubauten entwickelt. Die Auswirkungen der Staudammbauten sind enorm. 40 – 80 Mio. Menschen wurden schätzungsweise weltweit durch sie vertrieben. Dämme bergen unüberschaubare Gefahren im Falle eines Erdbebens und vielerorts hat das veränderte Klima um die Stauseen zu einer Ausbreitung von Krankheitserregern geführt.

Um diesem Widerstand entgegen zu treten wurde 1998 eine von BefürworterInnen und GegnerInnen besetzte internationale Kommission ins Leben gerufen. Ihre Bilanz der Staudammbauten fiel verheerend aus. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis stimmte oft nicht, Alternativen wurden in der Planung nicht mitbedacht und die betroffene Bevölkerung in der Planung in keinster Weise beteiligt. Ein Empfehlungskatalog soll deshalb die Entscheidung über künftige Bauten auf eine sachliche Basis stellen.

In Hasankeyf wird die Hoffnung nicht aufgegeben

Diese Empfehlungen werden im Falle des Ilisu-Dammes nicht berükksichtigt. Ein ExpertInnengremium, das im Auftrag der Exportkreditversicherungen vor Ort die Umsetzung von Auflagen prüfte, kam im August dieses Jahres erneut zu einem vernichtenden Ergebnis. Weder ist die Türkei in der Lage den betroffenen Menschen eine Umsiedlungsperspektive zu bieten,

noch wurde eine angemessene Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt. Es drohe Verarmung, Verelendung und die Isolation der Menschen. Die Türkei dürfte also keineswegs die bereits begonnenen Arbeiten an z.B. Straßen und Militärstationen zum Schutz der Baustelle fortführen. Die Bundesregierung müsste die von ihr gewährten Exportkreditgarantien zurückziehen, verhält sich bisher jedoch abwartend.

Die Menschen in Hasankeyf und anderen Siedlungen der betroffenen Region haben nicht nur deshalb die Hoffnung noch nicht aufgegeben. Ihr Widerstand ist nicht nur international vernetzt, sondern richtet sich auch direkt an die internationalen Finanziers: Im März dieses Jahres kündigten 1500 von ihnen in einer Aktion vor europäischen Botschaften in Ankara an, massenhaft Asylanträge zu stellen, wenn Deutschland, Österreich und die Schweiz die Finanzierung des Projekts garantieren.

Fotos von Martin Dolzer

Kommentar: Entwicklung und Frieden mit dem Betonmischer

Ob die Türkei den Bau des Ilisu-Staudamms stoppt, selbst wenn die Auflagen nicht eingehalten werden, ist fraglich. Für die Regierung in Ankara sind die Staudammprojekte im Südosten des Landes ein Symbol. Der Staat will beweisen, dass er in der Lage ist, die Lebenssituation der Menschen im eigenen Land zu verbessern und den in der Region schwelenden türkisch-kurdischen Konflikt zu beenden ohne in Fragen der Autonomie/Dezentralisierung Zugeständnisse zu machen. Deutschland pocht zwar auf die Einhaltung der Auflagen, unterstützt die Türkei im Prinzip aber in dem Vorhaben mit den Staudammbau einen Entwicklungsschub zu erzeugen. Dass dieser den Menschen im Tigris-Tal zu Gute kommt und zur Lösung der kurdischen Frage beiträgt, ist jedoch zu bezweifeln.

Die Lebensweise der von der Umsiedlung betroffenen Menschen ist nach wie vor von Subsistenzwirtschaft geprägt. Die Dorfgemeinschaft gibt den Menschen Halt, den zahlreiche andere in dieser Region aufgrund des jahrzehntelangen Guerilla-Kriegs und der Repressionen durch das Militär bereits verloren haben. Die Arbeitsplätze, die beim Staudammbau entstehen, kommen vermutlich eher gut ausgebildeten Arbeitskräften aus dem Westen der Türkei zu Gute. Die Bewässerung durch den Dammbau dient einer exportorientierten Landwirtschaft, in denen die Menschen allenfalls in Abhängigkeit von Großbetrieben eine Beschäftigung finden können. Bei Umzug in die Slums der größeren Städte der Region droht ihnen Arbeitslosigkeit und Armut. Der Verlust der Heimat und die mangelnde Zugehörigkeit in der Stadt hat schon viele in den Selbstmord getrieben.

Dass die AktivistInnen von AntiRa- und Klima-Camp das Ilisu-Projekt aus einer staats- und kapitalimuskritischen Perspektive kritisieren, ergibt also Sinn. Stünde nicht die Staatsräson und Interessen der Großinvestoren im Vordergrund, ließe sich im Dialog mit den Betroffenen eine sanftere Veränderung der Lebensbedingungen vereinbaren. In Kombination mit Bildung und angemessener Entschädigung würden so deutlich weniger „Entwicklungsopfer" zu beklagen sein. Alternativen wie die Erneuerung des maroden türkischen Stromnetzes und der Einsatz von Wind- und Sonnenenergie könnten geprüft werden.

Dass der türkische Staat daran kein Interesse hat, liegt auch daran, dass ein Dialogangebot an die lokale Bevölkerung Auswirkungen auf den Streit um Menschenrechtsverletzungen und kulturelle Rechte in der kurdischen Frage hätte. An einem Klima der Angstfreiheit, in dem freie Meinungsäußerung gewährt wird, hat aber ins Besondere das türkische Militär kein Interesse. Genauso wie die Baufirmen und Versicherer profitieren die Generäle von einem Entwicklungsverständnis, dass Menschen als zu entwickelnde Verfügungsmasse und nicht als selbstständig denkende und handelnde GestalterInnen des Wandels ihrer Lebensbedingungen begreift.

Ole Hilbrich (22) interessiert sich für alles was mit türkischer Politik und Kultur zu tun hat.

Nachtrag vom 8.10.2008: "Europäische Regierungen aktivieren Ausstiegsklausel." - Alle aktuellen Entwicklungen nach Redaktionsschluss finden sich unter: http://www.weed-online.org/ilisu

Ökologie und Entwicklung gehen Hand in Hand

Die großen Schlaglöcher scheinen die klapprigen Gefährte auf der „Schnellstraße“ zwischen Bombay und Delhi fast zu verschlucken – die Fahrt gleicht einem Slalom. Auf der löchrigen Teerpiste bewegen sich LKW, Autos, Radfahrer, Fußgänger und Tiere vorwärts – mitunter kreuzt ein beladener Elefant die Fahrbahn. Am Straßenrand türmt sich vielerorts Müll, auf der Fahrt überqueren wir verschmutzte Flüsse. Die großen Städte bestechen vor allem durch Smog, Slums und einem unangenehmen Geruch. Bunt, schillernd, schrill, turbulent, außergewöhnlich, esoterisch, reich, spannend, magisch aber auch bettelarm, hierarchisch, dreckig, stickig und ernüchtern. All das kann Indien sein - gleichzeitig.

Indien ist ein dynamisches Schwellenland, das sich in einem rasanten Tempo entwickelt – soziale und ökologische Fragen bleiben dabei oft auf der Strecke.

Auf einer Reise durch den südasiatischen Vielvölkerstaat lerne ich im August 2006 Shirin und Deepak Gadhia kennen. Sie haben in Deutschland studiert, leben aber seit vielen Jahren wieder in Indien. Vorort versuchen sie die Umweltprobleme beim Schopfe zupacken: Mit dem Bau von Solarkochern, viel Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung und persönlichem Engagement rüsten sie Dorfgemeinschaften mit Solarkochern aus. Entwicklungshilfe und Umweltbewusstsein gehen bei ihrer Arbeit Hand in Hand. In einem Interview erzählen die beiden warum das so wichtig ist:

1) Wie verbindet ihr Entwicklungshilfe und eure Anstrengungen für eine „grünere Zukunft“ miteinander?

Wir glauben, dass Armut und Umweltprobleme einen Zusammenhang haben. Entwicklungsländer machen die gleichen Fehler wie weiterentwickelte Staaten. Beide glauben, dass Umwelt ein Preis für Fortschritt und eine starke Wirtschaft ist und dass Umweltprobleme später mit Geld wieder gut gemacht werden können. Wir versuchen Menschen in armen Dörfern zu helfen, indem wir ihnen zeigen, dass sie mit Solar-Kochern Essen zubereiten und ihr Einkommen verdienen können. Vor allem aber wird den Frauen geholfen, die nicht mehr Stunden damit verschwenden müssen, um nach Brennholz zu suchen. Außerdem müssen sie nicht mehr in verrauchten Küchen arbeiten.

2) Was bedroht das ökologische Gleichgewicht auf der Welt und warum haltet ihr Umweltschutz für so grundlegend?

Das jetzige ökologische Ungleichgewicht besteht darin, dass weiterentwickelte Länder mehr Energie verbrauchen, als Entwicklungsländer – darauf basiert ihr Fortschritt. Es ist wichtig, dass Entwicklungsländer merken und wissen, dass sie nicht den gleichen Wohlstand wie reiche Länder erreichen können, da es nicht genug Ressourcen auf dieser Erde gibt. Und die reichen Länder müssen ihren Energieverbrauch senken. Wir wollen mit unserem Umwelt- und Erneuerbare-Energien-Projekt Leute gewinnen, die Aufklärungsarbeit leisten, um anderen Menschen zu zeigen, dass es Alternativen wie Solar und Biogas gibt.

3) Können wir „Erdenbürger“ die Umweltprobleme wieder in den Griff bekommen?

Wir müssen immer positiv denken. Und ja, wir Erdenbürger können diese Probleme wieder in Griff bekommen, indem wir umweltbewusster handeln und leben. Darauf zu warten, dass die Politik oder die Wirtschaft die

Probleme löst, ist der falsche Weg.

4) Auf meiner Reise habe ich gesehen, dass viele InderInnen ein anderes Umweltbewusstsein haben als die meisten WesteuropäerInnen. Woran liegt das?

Die meisten InderInnen müssen um ihr Überleben kämpfen und haben nicht den Zugang zu Informationen und Aufklärung, wie die meisten WesteuropäerInnen. Aber wir haben gesehen, dass die Frauen trotzdem sehr empfindsam sind, weil sie der Erde und der Natur so nah sind.

5) Bringt die Globalisierung viele Probleme mit sich, die es vor einigen Jahren in Indien noch nicht gab?

Ja sicher. Von der Globalisierung, die auf Kosten der Umwelt geht, profitieren die wenigsten Menschen – nur eine Minderheit erntet die Früchte. Durch Globalisierung ist der Materialismus in Indien sehr stark gewachsen. Die Jugend folgt dem westlichen Modell ohne zu begreifen, dass das nicht nach Indien passt.

Vielen Dank!

Britta Veltzke ist 21 Jahre und ist Mitglied der GJ Bremen.

Grüne Jugend Bremen

Seit einem viertel Jahr besteht eine Kooperation zwischen der GJ Bremen und den Gadhias. Gemeinsam wollen sie mit der Aktion „Rauch-freies-Dorf“ dafür sorgen, dass eine indische Dorfgemeinschaft nicht mehr auf das Kochen mit klima- und gesundheitsschädlichem Feuerholz angewiesen ist.

ANZEIGE

"ENDSPIEL UM DIE ATOMKRAFT - OHNE VERLÄNGERUNG!"

REBECCAS NEUE BROSCHÜRE ZU RISIKEN UND NEBENWIRKUNGEN DER ATOMENERGIE

JETZT AUF WWW.REBECCA-HARMS.DE

- ODER KOSTENLOS BESTELLEN: ANTJE.KAPEK@GRUENE-EUROPA.DE

CASTOR ALARM 2008: GORLEBEN - 08.NOVEMBER - 13 UHR

AKTIONSTAGE IM WENDLAND VOM 08. BIS 12.11.2008

WWW.CASTOR.DE

atomkraft ist gefährlich, mit waffen verbunden, zielscheibe von terroristen, schmutzig, teuer, ineffizient, veraltet, auf dem rückzug und unerwünscht. gefährlich, und das für alle zeiten. tschernobyl? sie erinnern sich? siamesische zwillinge: der reaktor und die

Rebecca Harms,
Mitglied des Europaparlaments
Die Grünen/EFA
Fon 0032228-45695
rharms@europarl.eu.int
www.rebecca-harms.de

Die Grünen | EFA
im Europäischen Parlament

ANZEIGE

Neulich im Landtag

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
im Landtag Niedersachsen
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Tel. 0511/3030-4207
Email: gruene@lt.niedersachsen.de
www.gruene-niedersachsen.de

Das Desaster in der Asse muss Konsequenzen für Gorleben haben!

Noch am 1. Juli 2008 bezeichnete der Staatssekretär im Bundesfinanzministerium die Vorgänge in der Asse als „innerniedersächsisches Kommunikationsproblem". Die Gesamtkosten für die Flutung der Asse nach Bergrecht wurden im Bundestag mit 850 Millionen € kalkuliert. Diese Einschätzung und diese Summe sind jetzt Geschichte. Zuständig ist nun das Bundesumweltministerium. **Künftig kommt das Atomrecht zur Anwendung. Das ist ein wichtiger Etappensieg.**

Der **Statusbericht** über die Schachtanlage Asse II, den das Niedersächsische Umweltministerium dem Umweltausschuss des Landtages Anfang September vorlegte, zeichnet ein unglaubliches Bild von den Vorgängen. Er offenbart, dass es in Niedersachsen jahrelang rechtsfreie Räume gab und ein totales Versagen der Atomaufsicht des Landes Niedersachsen sowie der zuständigen Bergbehörden. Er offenbart eine verantwortungslose Haltung des Betreibers Helmholtz-Zentrum München und seiner Eigentümer.

Der Bericht dokumentiert, dass gegen Atomrecht, Strahlenschutzrecht und Strafgesetzbuch verstoßen wurde. Für den Umgang mit radioaktiven Stoffen lag weder eine Genehmigung nach §7 Strahlenschutzverordnung vor, noch eine Genehmigung für den Umgang mit Kernbrennstoffen nach §6 Atomgesetz. Auch §9b des Atomgesetzes wurde nicht angewendet, obwohl beabsichtigt war, ein Endlager für Atommüll zu schaffen.

Der Statusbericht vermittelt einen erstaunlichen Einblick in die (Un-)Zuverlässigkeit niedersächsischer Behörden und in das Handeln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Er hat aber gleichzeitig auch eine ganze Reihe von blinden Flecken und zeigt nicht auf, wie es zu diesem beispiellosen Versagen kommen konnte und wer dafür im Niedersächsischen Umweltministerium die Verantwortung trägt. Der Bericht zeigt auch nicht, wie ein der Universität Clausthal angegliedertes Institut für Tieflagerung (IfT), das nach eigenem Bekunden in den 70er/80er Jahren zu den „weltweit führenden Forschungsinstitutionen auf seinem Gebiet" gehörte, zu solch krassen Fehleinschätzungen kommen konnte.

Die Süddeutsche Zeitung vom 4.9.08 überschreibt ihren Kommentar zur Asse mit „**Verrottetes Vertrauen**". Ob das Vertrauen in die Endlagerforschung der beteiligten Institutionen und wissenschaftlichen Einrichtungen wieder hergestellt werden kann, ist mehr als zweifelhaft. Gleichwohl hat die Öffentlichkeit ein Recht auf vollständige Offenlegung aller Fakten. Deshalb ist ein **Landtags-Untersuchungsausschuss** unverzichtbar. Alle Fraktionen müssen ein Interesse an einer lückenlosen Aufklärung haben, um das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit unseres demokratischen Rechtsstaates zu sichern.

Die Abfälle in der Asse stammen größtenteils aus der Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe, einem Projekt der chemischen Industrie und der Atomindustrie. Das in der Schachtanlage Asse eingelagerte Plutonium stammt ebenfalls überwiegend von dort. Die Mengenangaben des Betreibers schwanken zwischen 28 und 9 kg Plutonium. Der Bericht des Umweltministeriums behauptet, dass in der Asse keine Wärme entwickelnden radioaktiven Abfälle eingelagert wurden. Gleichwohl bestehen nach wie vor begründete Zweifel an der Konsistenz der Inventarlisten des Betreibers.

Noch ist nicht abzusehen, welche Gefahren für Mensch und Natur von diesem Desaster ausgegangen sind und noch ausgehen. Auch die materiellen Kosten sind noch nicht zu beziffern; wenngleich heute schon mit Schäden in mehrfacher Milliardenhöhe gerechnet werden muss. Wäre die Asse ein Atomkraftwerk, so könnte davon ausgegangen werden, dass es nach solch einem Verlauf der Ereignisse längst um politische und strafrechtliche Konsequenzen für alle Verantwortlichen gehen würde – einschließlich der Führung des Niedersächsischen Umweltministeriums.

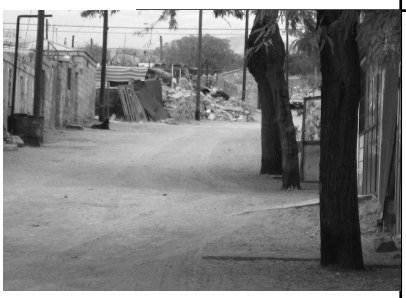
Das Desaster in der Asse ist keine rein niedersächsische Angelegenheit. Die Schachtanlage befindet sich im Besitz des Bundes. Eigentümer des Atommülls und der Betreibergesellschaft sind das BMBF (90%) und das Land Bayern (10%). Fast 90 % des eingelagerten radioaktiven Inventars stammen aus der WAA Karlsruhe. „Die Lauge wird regelmäßig auf Radioaktivität kontrolliert." Dieser Satz stand in einem Bericht der Schachtanlage Asse an den Landkreis Wolfenbüttel. Offenbar sollte er den Eindruck erwecken, man habe die Lage im Griff. Auf Nachfrage zu den Messwerten teilte der Betreiber, das Helmholtzzentrum München, dann mit, dass in der Lauge das radioaktive Isotop ^{137}Cäsium nur im Umfang der „Umweltradioaktivität" auftauche. Eine Antwort, die noch mehr Fragen aufwarf: Das Isotop ^{137}Cäsium kommt in der Natur nämlich nicht vor. Im Umweltausschuss des Landtages musste der Betreiber dann Anfang Juni 2008 eingestehen, dass die Information für den Landkreis falsch war. Die Belastung der radioaktiv kontaminierten Lauge mit dem "Leitisotop ^{137}Cäsium" liegt deutlich über den zulässigen Freigrenzen. Auch „Spuren" von Plutonium und Strontium sind in der Lauge nachweisbar.

Seit diesen Tagen vergeht keine Woche ohne neue Überraschungen. **Die Asse offenbart die ganze Unfähigkeit einer milliardenschweren Industriebranche zur sicheren Entsorgung radioaktiver Abfälle. Das „Forschungsbergwerk Asse" war der Prototyp für das geplante Endlager für hochradioaktiven Müll in Gorleben.** Der so genannte „Endlagerpapst" Prof. Klaus Kühn erklärte dazu im Jahr 2001: „Ziel war es, für ein geplantes Endlager im Salzstock Gorleben die entsprechenden Techniken und die wissenschaftlich-technischen Daten zu ermitteln und bereit zu stellen. Der Salzstock Gorleben war in der Eignungsuntersuchung. Wir von der GSF sollten im Forschungsbergwerk Asse die entsprechenden Technologien und wissenschaftlichen Untersuchungen durchführen." **Deshalb hat das Desaster in der Asse auch Folgen für Gorleben. Mehr denn je stellt sich die Frage, ob die Lagerung von Atommüll in Salz überhaupt verantwortbar ist.** Tief unten im unberührten Teil des Salzstocks der Asse hat man in den siebziger und achtziger Jahren eine Kaverne gebaut, die die Lagerung von Atommüll in einem unberührten Salzstock simulieren sollten. Die Versuche wurden Anfang der neunziger Jahre abgebrochen. Der untere Teil des Salzstocks wurde mit Salzgrus wieder verfüllt. Warum das geschah, ist bis heute nicht geklärt. Einschlägige Befürworter von Gorleben behaupten immer wieder, dass die Asse und Gorleben nicht vergleichbar seien. Das ist nicht richtig. Es wird sich zeigen, dass es viel mehr Parallelen gibt als bislang behauptet.

Aber es gibt auch **Unterschiede**. Man hatte den Salzstock in der Schachtanlage Asse nämlich sorgfältiger ausgewählt als den in Gorleben. Der ehemalige Asse-Betriebsleiter und Professor am Institut für Tieflagerung Klaus Kühn hat in einem Asse-Gutachten von 1976 „Wasser und Laugeneinbrücke mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit" ausgeschlossen. Bei Gorleben war er damals kritischer. Im Jahrbuch der Atomwirtschaft von 1978 schreibt er, dass er genauso wie alle anderen Fachleute sehr überrascht war, als die Landesregierung Gorleben als vorläufigen Standort für das deutsche Entsorgungszentrum benannte, da 1. keine alternativen Standorte genannt wurden und 2. über den inneren Aufbau des Salzstockes Gorleben noch keine „detaillierten Kenntnisse vorlagen, dass somit die Entscheidung ohne das Ergebnis von geologischen Aufschlussbohrungen getroffen wurde." Und es gibt noch einen Unterschied. In der Asse scheitern Atomindustrie, Wissenschaft und Politik nach 30 Jahren mit dem Versuch mittel- und schwachradioaktiven Müll sicher zu lagern. In Gorleben geht es um hochradioaktiven bzw. Wärme entwickelnden Müll.

Stefan Wenzel, Fraktionsvorsitzender

Weltoffenheit & Nachbarschaftsstreit



Der erste Gedanke, als ich in Santiago de Chile den Flughafen verließ, war: "Sieht aus wie in Europa - außer, dass hier zu viele Palmen stehen."

Chile ist geprägt durch die Einwanderung von Europäern, insbesondere Deutschen, Ende des 19. Jahrhunderts. Vor allem in den südlichen Teilen des Landes trifft man unglaublich viele Menschen mit deutschen Namen und Vorfahren, "deutsche" Hotels und Restaurants gibt es reichlich. Alles, was "deutsch" ist, wird sofort als positiv deklariert - egal, was es ist.

Allgemein gilt: Wenn etwas aus den USA oder Europa kommt, dann kann es gar nicht schlecht sein.

Die Chilenen haben einen übertriebenen Nationalstolz, beispielsweise gibt es anlässlich des Nationalfeiertages eine komplette Woche schulfrei. In diesem Verhalten begründet sich die übertriebene Abneigung gegen die Nachbarstaaten (insbesondere Argentinien), was manchmal zu abenteuerlichen Konstruktionen führt. Ein Beispiel dafür sind die Straßen "San Martín" und "O´Higgins" in Concepción. Sie verlaufen parallel, in der einen kommen die Busse an, in der anderen fahren sie ab. Eines abends warte ich dort mit einem Kumpel auf einen Bus. "Sag mal, wer ist eigentlich O´Higgins?", frage ich. "Das war der Befreier von Chile", antwortet mein Kumpel. "Aha, und wer ist San Martín?", will ich wissen. "Naja", druckst er herum, "San Martín war der eigentliche Befreier von Chile, aber weil er Argentinier ist, lernen wir in der Schule, dass O´Higgins, der übrigens irische Vorfahren hat, der Befreier war."

Die Diskrepanzen zwischen arm und reich machen sich überall und alltäglich bemerkbar. Mit dem Linienbus fahre ich jeden Tag von der Schule durch eine Siedlung aus Wellblech und Brettern nach Hause. Klapperdürre Pferde grasen angepflockt neben Brükkenpfeilern, auf der Hauptstraße daneben stehen reiche Mütter in protzigen Autos an der Ampel, die ihre Kinder gerade von einer der teuren Privatschulen abholen.

Der wohlhabendere Teil der Bevölkerung lässt viele der weniger wohlhabenden Personen bei sich arbeiten; so hat fast jeder Haushalt, in dem nicht am Hungertuch genagt wird, eine eigene "Nana", eine Art Hausfrau, die sich um alles kümmert. Ansonsten herrscht seitens der Reichen eine weitgehende Ignoranz gegenüber den Verhältnissen, die oftmals in Misstrauen und auch Verachtung umschlägt. Unzählige Male wurde ich von meinen Eltern ermahnt, bestimmte Bereiche der Stadt zu meiden, nicht nach Einbruch der Dunkelheit mit dem Bus zu fahren, keine auffälligen Wertgegenstände bei mir zu haben, nicht an öffentlichen Orten mit der Digitalkamera fotografieren...

Andersherum ist es mit der Einstellung der armen Bevölkerung gegenüber den reichen Menschen: Sie sind absolut aufgeschlossen und friedfertig, teils sogar sehr neugierig. Bettelnde in den Bussen wurden niemals aufdringlich, wegen meines starken Akzentes wurde ich oft von Verkäufern in einen Smalltalk verwickelt, und kaum stand ich mal ratlos an einer Straßenecke, kam jemand und wollte mir den Weg erklären. Kein einziges Mal wurde auch nur versucht, mir etwas zu stehlen. Doch es gibt auch Situationen, in denen Arme und Reiche erfolgreich zusammenarbeiten, beispielweise in dem Projekt "Un Techo para Chile" ("Ein Dach für Chile"). Hierbei baut eine Gruppe Freiwilliger gemeinsam mit einem Projektleiter eine Hütte für eine obdachlose Familie und spendet das Geld für das benötigte Material.

In der Woche um den Nationalfeiertag besuchte ich mit meinen Gastgeschwistern und meinem Gastvater eine allein erziehende Mutter mit drei Kindern in einer solchen Hütte. Diese hatte mein Vater mit Arbeitskollegen im Rahmen des Projekts gemeinsam gebaut. "Un Techo para Chile" erfreut sich großer Popularität, viele meiner Mitschüler haben auch schon mitgemacht. Immer häufiger scheint es mir, der größte Wunsch der Chilenen sei es, keine Südamerikaner zu sein. Immer wieder distanzieren sie sich überdeutlich von ihren Nachbarn und eifern Ländern der "Ersten Welt" nach. Man orientiert sich an den Werten der "westlichen" Staaten, vergisst dabei seine eigenen Wurzeln und liebenswerten Besonderheiten und wird, wenn nicht ein Wunder geschieht, in einiger Zeit vollkommen "amerikanisiert" sein.

Als ich nach einem halben Jahr wieder in Santiago in mein Flugzeug steige, weiß ich also: Es sieht zumindest in Teilen aus wie Europa, wäre gern wie Europa, ist aber trotzdem etwas ganz anderes.

Birte König (18) verbrachte 2006 ein halbes Jahr als Austauschschülerin in Chile.

Filmtipp: Machuca, mein Freund

Musik, Maisbrei und der Traum vom Visum

Togo lacht und hofft, obwohl das Land von Mangel geprägt ist

„Je n'ai pas les moyens" rechtfertigt sich meine Gastmutter, als ich sie frage, warum ihr elfjähriger Sohn nicht bei ihr wohnt. Sie habe einfach nicht die Mittel, um für ihn zu sorgen, deshalb lebe er bei Verwandten in einer anderen Stadt. Ob sie ihn häufig besucht, frage ich und bekomme dieselbe Antwort, Resignation und Niedergeschlagenheit schwingen mit: Die Fahrt sei zu teuer, seit Jahren habe sie ihn nicht mehr gesehen.

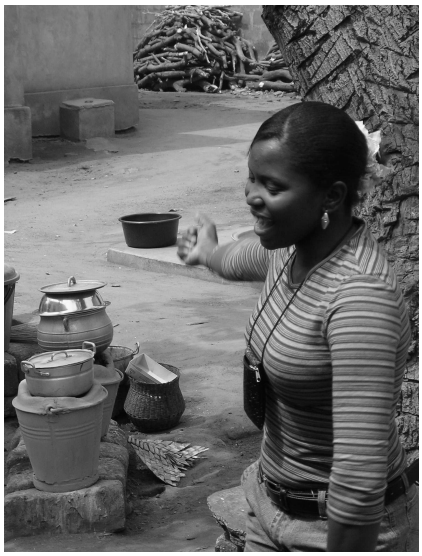
Nicht nur von meiner Gastmutter, nein, eigentlich von jedem, den ich in Togo kennen lerne, bekomme ich diese Begründung früher oder später zu hören: Das Geld fehlt. Darum haben in der Schule, wo ich mein Praktikum mache, ein paar Kinder keine Schuluniform. Deswegen hat Sophie, ein 15jähriges Mädchen, die Schule abgebrochen und ihre Familie verlassen. In einer anderen Stadt arbeitet sie nun als Hausmädchen. So erwirtschaftet sie ein bisschen Geld, anstatt der Familie auf der Tasche zu liegen. Denn der Schulbesuch ist in Togo teuer – auch die staatlichen Einrichtungen verlangen Gebühren und die privaten sogar noch etwas mehr. So kommt es, dass trotz bestehender Schulpflicht vor allem auf dem Land viele Kinder nicht in den Genuss von schulischer Bildung kommen - oftmals lässt es die finanzielle Lage einfach nicht zu. Dennoch ist mit etwa 77 Prozent die Einschulungsquote im afrikanischen Vergleich sehr hoch. Vor allem in der togoischen Hauptstadt Lomé schickt jeder, der es sich leisten kann, seine Kinder zunächst sechs Jahre zur Grundschule, dann möglichst zum Collège und danach vielleicht noch zum Lycée. Wer dort seinen Abschluss schafft, kann anschließend eine der zwei Universitäten des Landes besuchen - auch diese sind allerdings kostenpflichtig und zumindest eine davon hoffnungslos überlastet: Die Uni in Lomé ist für knapp 7.000 Studierende ausgelegt, besucht wird sie von 30.000.

Die Gehälter der Lehrer sind, trotz der Gebühren, gering. Yeboi Komi Djissawu ist Direktor einer privaten Grundschule und verdient dort so wenig, dass er nach seinem anstrengenden Tag mit einem Haufen Erstklässlern abends noch Privatunterricht geben muss, um über die Runden zu kommen. Dennoch kann er sich glücklich schätzen, überhaupt Arbeit zu haben, denn von den etwa 6 Millionen Einwohnern Togos ist ein großer Teil arbeitslos (Zahlen sind aufgrund des großen informellen Sektors sinnlos).

„Wer keine entsprechenden Kontakte hat, der findet hier nie einen Job", erklärt mir Pascaline, 30 Jahre alt. Zusammen mit der kleinen Tochter und ihrem Mann bewohnt sie ein Zimmer im Haus ihres Schwiegervaters. Eine eigene Bleibe - davon träumt Pascaline. Doch es fehlen die finanziellen Mittel, da weder ihr Mann noch sie eine Arbeit finden. Sie hat zwar eine abgeschlossene Ausbildung zur Köchin und zum Zimmermädchen, damit hat sie sich schon bei all den großen Hotels am Strand beworben. Aber dort stellen die Chefs erstmal ihre gesamte Verwandtschaft ein, ehe andere Bewerbungen ins Spiel kommen. Töchter, Neffen und Cousinen - in der Regel sind die meisten von ihnen auf Arbeitssuche. Bei der Größe afrikanischer Familien bleibt für Außenstehende also kaum ein Hoffnungsschimmer. Dennoch schaffte es Pascaline einmal bis zum Bewerbungsgespräch. Doch dort scheiterte es daran, dass sie kein Abi hat. Ein Jahr vor dem Abschluss musste sie die Schule nämlich aus Geldmangel abbrechen. Sie hat damals darüber nachgedacht, sich zu prostituieren, um die Schulgebühren zu beschaffen - viele togoische Mädchen greifen in ihrer Not zu diesem Mittel und zahlungskräftige Diplomaten aus dem Ausland sind angeblich sehr an ihren Diensten interessiert. Doch Pascaline – und darüber ist sie im Nachhinein sehr froh – hat den alles entscheidenden Anruf von der Zuhälterin verpasst.

Immer noch arbeitslos, ist ihr mittlerweile die Puste ausgegangen, weiter nach einem Job zu suchen. Als wir uns über die Möglichkeit einer zweijährigen Fortbildung unterhalten, gesteht mir Pascaline, dass sie vorerst auch eh nichts Neues mehr in Togo anfangen wolle. Warum? Ein hoffnungsvolles Lächeln macht sich in ihrem Gesicht breit. Sie habe an einer Lotterie teilgenommen, der Hauptgewinn sei ein Familienvisum für die USA. In einem halben Jahr werde das Ergebnis bekannt gegeben und falls sie gewinne, wäre es doch erstens schade, die Weiterbildung umsonst begonnen zu haben, zweitens brauche sie dann die Zeit, um sich auf die Ausreise vorzubereiten. Ihr optimistischer und naiver Glaube daran, diejenige unter den mit Sicherheit unzähligen Teilnehmern zu sein, die das Visum gewinnt, ist schockierend. Erst recht ihre Vorstellung vom „Paradies Industriestaat“ und daran, dort ohne einen Fetzen Englisch sofort eine Arbeit und ein schönes Leben zu finden.

Das Warten auf ein Leben anderswo, das jegliche Initiative vor Ort lähmt, vielleicht ist das der Grund, warum in Togo nichts so richtig in Gang kommt. Dazu kommt das Abwandern von jungen, qualifizierten Leuten, die ihr Glück in Europa, den USA oder Kanada suchen. Es ist ihnen nicht zu verübeln. In Togo ein Unternehmen zu gründen, etwas Neues aufzubauen, das bietet sich zwar insofern an, als noch viele Marktlücken zu besetzen sind. Doch die fehlende Infrastruktur macht es einem nicht leicht: andauernd Stromausfälle, schlecht ausgebaute Straßen, kaum jemand hat einen Telefonanschluss (zur Freude der Mobilfunkanbieter), außerdem mangelt es an gut ausgebildeten Arbeitskräften (außer an Schneidern, Friseuren und Kfz-Mechanikern, davon gibt es viele).



Klingt fast so, als sei das Leben in Togo sehr trist. Es ist auch häufig schwierig, besonders mir als reicher und potentiell helfender Europäerin wird das von den Togoern sehr oft und nachdrucksvoll gesagt. Doch diesem negativen steht ein positives, keineswegs minder beachtliches Extrem gegenüber: Eine unglaubliche Ausgelassenheit und Herzlichkeit. Die Kleidung ist, vielleicht gerade den alltäglichen Problemen zum Trotz, kunterbunt, die Menschen sind lebendig, geschwätzig, offen und fröhlich. Als ich mich bei einem sechzigsten Geburtstag kurz hinsetzen und die Beine baumeln lassen will, kommt sofort ein kleines Mädchen, nimmt meine Hand und zieht mich mit den Worten „In Afrika, da wird getanzt!“ zurück zwischen all die Leute, die lautstark klatschen und die Hüften schwingen. Sobald ich mal ein Weilchen allein in meinem Zimmer bin, kommt meine Gastmutter herein, setzt sich zu mir und beginnt ein Gespräch. Geselligkeit wird dem Alleinsein immer vorgezogen. Das Bedürfnis, mal seine Ruhe zu haben, scheint es nicht zu geben. Abends in den Bars stehen die Menschen einfach auf, wenn ihnen ein Lied gefällt, und beginnen an ihrem Platz zu tanzen.

Wie schaffen die Leute es, trotz so vieler Schwierigkeiten so glücklich zu sein, woher nehmen sie den Mut und diese Lebensfreude? Wahrscheinlich handhaben es viele so wie meine Gastmutter. Als ich eines Morgens nicht zu meinem Praktikum in die Schule gehen will, weil ein Streit mir gründlich die Laune verdorben hat, baut sie mich wieder auf: Es gibt so viele Schwierigkeiten. Wo kämen wir denn da hin, wenn wir hier nach jedem Problemchen in Trauer versänken? Da muss man die Dinge einfach so hinter sich liegen lassen, weitergehen und nach vorne gucken. Ich bin also in die Schule gegangen. Und es war sogar ein ganz fantastischer Tag.

Vera (20) hat Anfang dieses Jahres für fünf Wochen in Togo gelebt.

Togo

Amtssprache: französisch
Einwohnerzahl: 5 858 673
Fläche: 56 785 km²
Staatsform: Republik mit Mehrparteien system

Alle vier Sekunden ein Mord

Millionen Menschen sterben an Hunger – obwohl es eigentlich genug Nahrung gibt

Jedes Jahr sterben laut Bericht der FAO, der Food and Agricultural Organization (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen), etwa 8 Millionen Menschen an Hunger - das sind über 20.000 Menschen am Tag, 15 Menschen pro Minute: Alle 4 Sekunden stirbt ein Mensch den qualvollen Hungertod. Oftmals sind diese Menschen noch im Kindesalter.

Der Mangel an Vitaminen und Mineralstoffen trifft Kleinkinder und stillende Mütter in einem besonderen Maße: Jährlich überleben sechs Millionen Jungen und Mädchen ihre Kindheit nicht. Weil schon die Mutter an Unterernährung leidet, kommen die Kinder bereits mit schwerwiegenden Störungen ihres Stoffwechsels zur Welt. Sie sind deshalb sehr anfällig für Krankheiten wie Durchfall, Lungenentzündung, Malaria oder Masern. Würden sie nach ihrer Geburt eine bessere Ernährung erhalten, könnten sie von solchen Krankheiten problemlos geheilt werden.

Während das Problem in unserem westlichen Alltagsüberfluss oft untergeht und hier immer mehr Menschen unter den Folgen von Übergewicht leiden, verursacht der Hunger besonders in den Ländern des globalen Südens - in Afrika, Lateinamerika und Asien jeden Tag ein unvorstellbares Leid. Diese Situation ist weder natürlich, noch „Gott gegeben", sondern Menschen gemacht! Es gibt heute keinen „objektiven Mangel an Gütern" mehr auf der Welt. Im Gegenteil: Es herrscht Überfluss. Die Erde könnte schon heute bei gleichbleibender landwirtschaftlicher Produktion ohne Probleme doppelt so viele Menschen ernähren, wie auf der Erde leben. Das macht der letzte Bericht der FAO von 2005 deutlich. Jean Ziegler, der vor kurzem aus dem Amt geschiedene Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für das Recht auf Nahrung kommt angesichts dieser dramatischen Fakten zu dem Schluss: „Ein Kind, das heute an Hunger stirbt, wird ermordet."

Die Hunger- und Entwicklungshilfe der Industrienationen ist kaum mehr als medien-wirksame Augenwäscherei. Die Staatsverschuldungen der Entwicklungsländer führen dazu, dass die betreffenden Länder einen großen Teil ihrer Wirtschaftsleistung für Zinszahlungen an das Ausland aufbringen müssen. So zahlen die Länder der so genannten Dritten Welt jedes Jahr deutlich mehr Geld an die Industrienationen, als diese ihnen durch Hilfsprogramme zukommen lassen. Würden die PolitikerInnen des globalen Nordens tatsächlich den Welthunger bekämpfen wollen, würden sie den Entwicklungsländern ihre Schulden erlassen. Auf den Reichtum der Industrienationen würde sich dies kaum auswirken.

Drei Viertel der von „schwerer Unterernährung" betroffenen Menschen leben auf dem Land. Oft in Ländern mit vielen natürlichen Rohstoffen und für die Landwirtschaft guten klimatischen Bedingungen. Diese Tatsache verstärkt das Paradoxon des Hungers unserer Zeit. Die Menschen, die in Brasilien hungern, können auf ihren Feldern nicht die Lebensmittel anbauen, die sie benötigen, weil diese von großen, europäischen oder nordamerikanischen Konzernen gekauft wurden. Sie bauen auf den brasilianischen Feldern Soja an, dass später als Trockenmittel für die Rinder, die für den Fleischkonsum der Industrienationen des Nordens gezüchtet werden, weiterverkauft wird.

In der gegenwärtigen Form fördern Handel und Globalisierung den Hunger. Die Staaten des globalen Nordens geben jedes Jahr Milliarden Dollar aus, um den Export ihrer landwirtschaftlichen Produktion zu subventionieren (d.h. finanziell zu unterstützen). LandarbeiterInnen in Afrika, die jeden Tag unter brennender Hitze auf ihren Feldern arbeiten, haben keine Chance gegen diese Subventionen anzukommen. Heute ist auf einem afrikanischen Markt das subventionierte, europäische Gemüse viel billiger, als das von den Bauern und Bäuerinnen im Umkreis angebotene. Millionen LandarbeiterInnen in Afrika sehen deshalb keine Chance mehr sich zu ernähren und versuchen mit letzter Kraft nach Europa zu fliehen, um irgendeine Arbeit für ein bisschen Essen zu finden.

Wenn wir nicht jetzt anfangen die Absurdität unserer bestehenden Weltordnung zu bekämpfen, wird sich an diesen grausamen Zuständen nichts ändern.

Christoph Müller (21) ist Student der Sozialwissenschaften und gerade für ein Erasmus-Jahr in Spanien.

Buchtipps:

Jean Ziegler – Wie kommt der Hunger in die Welt?; cbt Verlag

Jean Ziegler – Das Imperium der Schande; Pantheon Paperbacks

Susan George – WTO: Demokratie statt Drakula; vsa Verlag

FIAN - Wirtschaft global – Hunger egal?; vsa Verlag

Weblinks: www.fao.org (Welternährungsorganisation FAO)
www.fian.de (NGO für das Recht auf Nahrung)

Gemeinsam ein anderes Klima entwickeln

Der Klimawandel verschärft die Armut weltweit. Die Industrieländer müssen sich weiterentwickeln.

Das Thermometer steigt. Der Mensch dreht die Temperatur hoch im Treibhaus Erde. Elf der letzten zwölf Jahre waren die heißesten weltweit seit Beginn der Temperaturmessungen. Der UNO-Klimarat, das IPCC, sagt bei einem ungebremsten Anstieg der Treibhausgasemissionen ein Klimachaos mit katastrophalen Folgen voraus. Wüsten und Dürregebiete werden sich drastisch ausbreiten. Gletscher in der Arktis oder im Himalaja werden abschmelzen und zu riesigen Überschwemmungen führen. Kriege um knapper werdende Ressourcen wie Öl oder Gas, aber auch Trinkwasser oder Ackerflächen, werden Millionen Menschen das Leben kosten. Schon heute gibt es weltweit mehr als 20 Millionen Umweltflüchtlinge. Weltweit sind Umweltkatastrophen mit Abstand der Fluchtgrund Nummer Eins. Der Umweltforscher Norman Meyers von der Oxford University schätzt, dass bis Mitte des Jahrhunderts 150 Millionen Menschen - vor allem die Ärmsten der Armen - vor dem Klima fliehen müssen.

Die Gerechtigkeitsfrage des 21. Jahrhunderts

Der Klimawandel ist deswegen mitnichten nur eine ökologische, sondern vor allem auch eine soziale Katastrophe. Denn, wo bleibt die Gerechtigkeit in der Atmosphäre? Die Industrieländer haben ihren materiellen Wohlstand in den letzten 150 Jahren größtenteils auf der hemmungslosen Ausbeutung der natürlichen Ressourcen aufgebaut. Die Folgen sind bekannt: Unglaublicher materieller Reichtum im Norden einerseits, extreme Armut in den Ländern des Südens andererseits. Die Industrieländer sind für rund 80% der historisch bisher angefallenen Treibhausgasemissionen in der Atmosphäre verantwortlich. Doch die Menschen in der südlichen Hemisphäre werden den Großteil der katastrophalen Auswirkungen im wahrsten Sinne des Wortes „ausbaden“ müssen.

Entwicklungsland D

Deutschland: Vorbild beim Klimaschutz? Von wegen. Rund 10 Tonnen CO2 produziert im Schnitt jedeR BundesbürgerIn pro Jahr. Der Weltdurchschnitt liegt bei 4,2 Tonnen, klimapolitisch wären 2 Tonnen erforderlich. Höher, schneller, weiter. Mehr, mehr, mehr. Ein verschwenderischer, kurzlebiger Massenkonsum prägt unsere Gesellschaft. Wir essen zu viel Fleisch und andere Tierprodukte, wir fahren zu oft Auto, fliegen zu häufig und kaufen zu viele sinnlose Wegwerfprodukte. Auf politischer Ebene blokkiert die Bundesregierung in der EU schärfere Umweltbestimmungen für die Automobilindustrie, privatisiert die Deutsche Bahn und unterstützt den Neubau von mehr als 20 Kohlekraftwerken. Die Frage ist: Wer muss sich hier entwickeln?

Gemeinsam die Zukunft entwikkeln

Anstatt mit dem konsumistischen Wohlstandsmodell des Nordens entwickelspolitisch in die Sackgasse und gegen die Wand zu fahren, können die Menschen im globalen Süden in der Krise die Chance nutzen. Die Chance ihre Gesellschaften ökologisch und sozial zu reformieren: Den ÖPNV statt Autobahnen ausbauen, ein erneubares, dezentrales Energiesystem errichten und kleinbäuerliche, naturnahe Landwirtschaftsbetriebe fördern. Doch klar ist, die Emissionen muss zu allererst der Norden reduzieren und zwar radikal. Zusätzlich müssen die Industrieländer verbindlich zusichern durch großzügige Milliardenprogramme die notwendigen Anpassungsmaßnahmen im Süden zu finanzieren und den Transfer für klimafreundliche Technolgie zu vereinfachen und möglichst kostenfrei zu gestalten. Der Klimawandel kann nur in einer globalen Klimapartnerschaft gemeinsam gemeistert werden. Doch dafür braucht es Druck aus der Zivilgesellschaft aus den Ländern des Nordens und des Südens, um den herrschenden Klimadiskurs zu wenden. Der vielfältige, internationale Protest in Heiligendamm 2007 hat gezeigt, was geht und wie es weiter gehen muss. Breiter Protest von unten für ein ganz anderes Klima der Gerechtigkeit.

Sven-Christian Kindler (23) ist Sprecher der GJN und hat für das Klima den G8-Gipfel blockiert.

LMV in Emden

Es war Freitag Abend, Menschen kehrten nach und nach in Emden ein.

Eine Kulturbusaktion war ja nun leider schon zu früherer Stunde und zeitlich für die meisten nicht ansteuerbar, so ward der Einstieg für den überwiegenden Teil der BesucherInnen nicht diese, sondern ein Abendmahl.

Rufe, Bitten, Aufforderungen an der Fishbowl-Diskussion teilzunehmen, dessen inhaltlicher Gegenstand das nächste LMV-Thema war, erklangen währenddessen. Viele folgten ihnen.

Eine facettenreiches Spektrum von Themen, deren Überreste am Ende der LMV abgestimmt wurden, waren das Ergebnis jener Diskussion.

Anschließend stellte die Frauenkomissionen ihre neuen Strategien und Pläne vor[...].

Der Abend mündete schließlich im Beisammensein vor der Tür zu Tisch.

Zur Morgenstund trafen sich alle Landesarbeitskreise beim Frühstück, sich auszutauschen.

Bei der folgenden Pausierung fiel eine aufgestellte Graffitiwand ins Auge, die zur Besprühung aufforderte, damit einhergehend als Zeichen für unsere Forderungen nach mehr Ausübungsmöglichkeiten für KünstlerInnen dieses Genres stand und natürlich zur Auslebung der Kreativität der anwesenden Jugendlichen eine Möglichkeit bot.

Die Workshops begannen. Mensch konnte sich wahlweise mit autonomer Jungendkultur, der Definition von Kulturkreisen/nationalen Identitäten oder der deutschen Hochkultur auseinandersetzen. Letzteres jedoch ein wenig beschränkt, da der Kreis der Interessierten dieses Themas nur vier Subjekte inklusive Referenten umfasste.

Nach dem Mittagessen begann eine Podiumsdiskussion, welche nach meinem Eindruck leider weder kontrovers war aufgrund der fehlenden Streitpunkte und noch weniger spannend, da die interessanten Einzelheiten dezent umgangen wurden, was alles noch mit einem lethargischen Ambiente bei den Redenden unterlegt wurde.

Da Emden primär aufgrund der für den Sommer günstigen Lage als LMV-Ort auserwählt wurde und sogar die Sonne schien, steuerten einige tatsächlich das Meer an. Das war aber relativ wenig spektakulär und man konnte nicht hineinspringen, so fanden wir uns mit den mähenden Schafen ab, die wesentlich interessanter erschienen. Die zweite Möglichkeit etwas ungewöhnliches am Meer zu erleben war ein sensationeller Kurzspaziergang durch Schlick mit Folge ergrauter Beine.

Das nicht-spektakuläre Meer und die freie Zeit trugen jedoch zur Entspannung bei und waren keineswegs ausschließlich negativ zu bewerten.

Der Leitantrag und sonstige Anträge wurden diskutiert- die konkrete Gestaltung der Kulturflatrate war ein wenig umstritten, das meiste Konsens. Die Ämter des IGELs wurden fast vollkommen neu vergebens, somit wird die gerade gelesene Zeitung in Zukunft von ganz anderen Menschen als zuvor koordiniert.

Einige Vorstandsposten waren auch noch frei, um sie wurde leidenschaftlich gekämpft, nun haben wir einen neuen politischen Geschäftsführer als auch einen neuen Beisitzer gewonnen.

Dann wurden Parties geschmissen, entweder in Form von der Kombination aus Alkohol, Gerede und tanzähnlichen Bewegungen oder eines gemütlichen Beisammenseins und Spiele spielen. Am Sonntag wurde der Leitantrag zu Ende diskutiert, angenommen, sonstige Anträge behandelt und ganz innovativ das neue LMV-Thema abgestimmt: Energiepolitik war das Ergebnis, der nächste Punkt der Abschied und die Auflösung der Versammlung.

Gwen (18) Hannover. Sie befand die LMV für ganz nett, klatscht aber wegen ihr auch nicht beigeisterungsbeschwingt ihre Hände gegeneinander.

Nicht spektakulär

Gwen inmitten der Schafherde

AKWs abschalten - Castor stoppen !

Warum wir jetzt für die Energiewende kämpfen müssen.

„Kernenergie ist sauber, sicher und billig und Gorleben zweifellos ein gutes Endlager“ – nun ja, wer diese Märchen glaubt, ist vielleicht bei der Jungen Union zu Hause. Es ist allerdings auch wenig verwunderlich, dass die Zöglinge von Christian Wulff solch abenteuerliche Positionen vertreten. Schließlich sind beim Niedersachsentag der Jungen Union ja auch freundschaftliche Infostände von der Atomlobby zu finden. Noch mehr Unterstützung für die atomare Risikotechnologie findet sich in der FDP. Ein so genannter Umweltminister, der sich in Gorleben ein knallgelbes T-Shirt mit der Aufschrift „kerngesund“ überstreift, klingt zwar nach einem schlechten Scherz, ist aber in Niedersachsen bittere Realität.

Gorleben soll leben!

Wir als GRÜNE JUGEND wollen aber nicht zulassen, dass Gorleben zum Atomklo wird. Spätestens seit den Pleiten und Pannen im Salzbergwerk Asse dürfte schließlich deutlich geworden sein, welche Risiken bei dieser Art von Atomülllagerung auftreten können. Wenn nämlich in einem Atommülllager schon nach wenigen Jahrzehnten radioaktive Lauge austritt, dann wird erkennbar, wie wenig das Gerede vom „sicheren Endlager“ ernst zu nehmen ist. Wir wollen es auch nicht zulassen, dass CDU, FDP und die großen Energiekonzerne längere Laufzeiten von AKWs durchsetzen. Unzählige Störfälle und Beinahe-Katastrophen – ob in Forsmark, Brunsbüttel, Krümmel oder anderswo - machen nämlich deutlich, wie nötig der Ausstieg aus dieser Risikotechnologie ist.

Stromlücke ohne Atomstrom?

Immer wieder heißt es „ohne Atomstrom gehen in Deutschland die Lichter aus“ – stimmt das? Die Antwort ist ein klares NEIN. Schon im Jahr 2006 wurden in der Summe knapp 20 Terawattstunden Strom (das entspricht der Leistung von etwa drei AKWs) von den deutschen Stromversorgern ins Ausland exportiert. Dazu kommt, dass es noch enorme Möglichkeiten zum Energiesparen gibt und wir in Deutschland einen solch rasanten Ausbau der Erneuerbaren Energien erleben, dass Atomkraft schlichtweg überflüssig wird.

Wir stellen uns quer!

Die Debatte um die zukünftige Energieversorgung wird hitziger und die riesigen Energiekonzerne versuchen mit aller Macht und jeder Menge Geld dieser Debatte ihren Stempel aufzudrücken. Darum sind wir nun gefordert und darum heißt es für uns Anfang November: Auf ins Wendland! Lasst uns ein deutliches Zeichen gegen die Atomindustrie und für einen konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien setzen. Den Auftakt der Proteste macht eine Großdemo von Bürgerinitiativen und Umweltbewegten in Gorleben am 8. November. Aus vielen Städten fahren Sonderbusse zu dieser Demo. Unter www.castor.de findet ihr dazu aktuelle Informationen. Die GRÜNE JUGEND organisiert darüber hinaus auch in diesem Jahr wieder ein Camp im Wendland und wird mit kreativen Aktionen auf die Straße gehen – die Atomlobby sollte sich schon mal warm anziehen.

Marcus (26) wohnt in Hannover-Linden und hat sich beim Uni-Solarprojekt „Sonnenhungrig“ beteiligt.

Migration und Direktüberweisungen

Ich kann mich an eine prägende Szene erinnern. Es muss wohl Anfang des Monats gewesen sein. Vor der Filiale der „Reise-Bank“ staute sich eine lange Schlange von Menschen, die nicht in mein konstruiertes Vorurteil „Deutsch“ passen. Auffallend war nicht nur ihre große Anzahl, sondern auch ihre unterschiedliche Herkunft. Auf der Werbung der Bank stehen groß: „Weltweiter CashTransfer“, „Versenden Sie Freude“.

Es ist also möglich, ohne Probleme in nahezu jedes Land Geldtransfers zu leisten. Doch wer nutzt diese Möglichkeit? Und besonders beim Monatsanfang?

Vielleicht kann es sich bei der von mir beobachteten Gruppe um Duchreisende gehandelt haben die sich das nötige Kleingeld getauscht haben. Möglich ist aber auch, dass hier lebende Menschen für Ihre Angehörigen in anderen Staaten Geld überwiesen haben. Die ökonomischen und politischen Effekte von Direktüberweisungen sind enorm. Evo Morales, Präsident von Bolivien, hat einen offenen Brief an die EU geschrieben. Thema war die kurz zuvor beschlossene Abschieberichtlinie. In dem Absatz „Wirtschaftsfaktor Migration“ beziffert er die Menge an Überweisungen weltweit mit 300 Milliarden US Dollar. Zum Vergleich: die „Entwicklungshilfe“ an die AKP Staaten betrug im selben Zeitraum weltweit insgesamt 103 Milliarden US Dollar. Diese ist zumindest zweitrangig den Interessen der Geber_innenländer unterworfen.

Bei Direktüberweisungen ist das nicht der Fall. Das Geld geht überwiegend an einzelne Familien bzw. ein ganzes Dorf. Diese können mit dem stetigem Geldstrom eine tragfähige Existenz aufbauen.

Doch gibt es auch die andere Seite. Die Lage der Erwerbstätigen ohne Aufenthaltsstatus ist verheerend. Sie leben mitten innerhalb der Gesellschaft. doch sind sie permanent der Bedrohung ausgesetzt, in ein Abschiebeverfahren zu kommen. Es kommt hinzu, dass sie meist keine Krankenversicherung haben. In der BRD gilt die Meldepflicht. Falls ein_e Illegalisierte bei einer Behörde auffällt muss er/sie gemeldet werden. Das gilt auch für Ärzt_innen, Krankenhäusern und Schulen. Verstößen gegen das Arbeitsrecht sind nicht unüblich für die Branchen in denen Migrant_innen tätig sind. Wenn sie ihre Arbeitgeber_innen anzeigen riskieren sie ihre eigene Abschiebung. Das schafft ein enormes Abhängigkeitspotenzial, denn meist wissen sie gar nicht über ihre Rechte bescheid.

Der Sozio- und Ethnologe Georg Elwert schätzt, dass ca. 60-90% der illegalisierten Migrant_innen schon vor Reiseantritt einen Arbeitsplatz hat und eine Unterkunft organisiert. Doch um überhaupt die strapaziöse Reise nach Deutschland antreten zu können, brauchen sie Startkapital. Das Geld für Schleuser_innen, die Verpflegung, die Überfahrt und andere Kosten gehen in die tausende US-Dollar.

Selbst die Konservativen haben einsehen müssen, dass die BRD ein Einwanderungsland ist und zu jeder Zeit in seiner Geschichte auch war. Was wir brauchen ist eine neue Debatte über neue Instrumente und Mechanismen, die für alle Beteiligten Vorteile bringt. Aktuell profitiert die Zielgesellschaft von billigen Arbeitskräften. In einem geringeren Maße auch die Herkunftsgesellschaft, auch wenn nicht sichergestellt in welchem Umfang. Wir müssen uns Gedanken darüber machen, wie wir einen modernen Sklavenhandel verhindern, doch transnationale Arbeit und Leben ermöglichen.

Jan Wienken (21) studiert in Göttingen Soziologie und Politikwissenschaft und würde gerne in Israel oder USA arbeiten.

Was macht eigentlich der Landesvorstand?

Nach einer erfolgreichen LMV in Emden haben wir Resumee gezogen, uns Lob und Kritik zu Herzen genommen und gleich damit begionnen, die nächste LMV zu planen. Den Termin haben wir vom 13. bis zum 15. Februar 2009 gesetzt.

Um den Ort für die nächste LMV zu finden, bitten wir euch, euch als Ortsgruppen zu bewerben. Eine solche Bewerbung um den Austragungsort sollte bis zum 30. September bei uns eingegangen sein und muss sinnvoll begründen, warum die LMV ausgrechnet bei euch stattfinden sollte. Habt ihr schon Ideen für Schlaf- und Tagungsmöglichkeiten? Catering? Party...?

Seit der letzten LMV gibt es eine Änderung in der LaVo-Arbeit: Mit Jan Wienken haben wir einen weiteren motivierten Beisitzer im Landesvorstand. Desweiteren sind mit Julia und Christina zwei Mitglieder aus dem Landesvorstand als Koordinatorinnen für die Struktur-AG gewählt worden. Wir freuen uns auf die kommenden Treffen und auf die hoffentlich sehr spannenden Diskussionen!

Wie von euch gewählt, wird das Schwerpunktthema des nächsten halben Jahres und der folgenden LMV "Energie" sein. Bevor wir zum inhaltlichen Energie-Block durchstarten, wollen wir uns inhatlich aber speziell mit dem kommenden Castor beschäftigen, der schon in weniger als zwei Monaten ansteht!

Die Atom-Debatte ist ein Thema, das uns sehr am Herzen liegt, gerade jetzt, wo die Asse absäuft und der "Ausstieg aus dem Ausstieg" propagiert wird. In der nächsten Zeit werden wir verstärkt für die Demo in Gorleben mobilisieren und schon im Vorfeld mehrere Aktionen durchführen.

Nach dem Castor werden wir uns schließlich verstärkt mit unserem Schwerpunktthema "Energie" und der Planung der LMV beschäftigen. Wir wollen uns auf mehreren Leitantragsschreiben mit euch schon im Vorfeld der LMV mit dem Thema auseinandersetzen. Die Termine für diese Treffen werden wir rechtzeitig bekanntgeben.

Weiterhin ist und die Unterstützung der Ortsgruppen eines unserer wichtigsten Anliegen. In der letzten Zeit haben wir mehrere Ortsgruppen gegründet (Peine, Delmenhorst, Bremervörde) und wünschen uns für die Zukunft, dass es noch mehr werden. Wir versuchen so gut wie möglich, euch regelmäßig vor Ort zu besuchen. Ihr seid herzlich aufgefordert, uns einzuladen – ganz egal, ob ihr Probleme habt, ihr euch thematischen Input wünscht oder vielleicht mit uns über den kommenden Castor reden wollt.

Außerdem sind noch nicht alle Ortsgruppen auf unserer Homepage gj-nds.de einzusehen. Falls ihr dazugehört, eure Vorstellung dort ändern möchtet oder Berichte von Aktionen auf die Homepage stellen möchtet, schickt die Inhalte an webmaster@gj-nds.de - die Homepage lebt davon, dass sie aktuell, bunt und interessant gestaltet ist. Dazu habt ihr die Möglichkeit, im Wiki (wiki.gruene-jugend.de) zu veröffentlichen, was euch wichtig erscheint.

Wir freuen uns natürlich immer über Feedback, Anregungen und Infos für den GJN-Ticker, aber auch bei Fragen und Problemen wollen wir versuchen, euch zu helfen. Am besten erreicht ihr uns unter gjn-lavo@gj-nds.de, wir werden uns schnellstmöglich um eure Anliegen kümmern.

Stachelige Grüße,

Annelen, Birte, Christina, Clemens, Jan, Julia, Patrick und Sven

David gegen Goliath?

Über das Spannungsfeld zwischen Groß- und Kleinprojekten und ihren Akteuren in der Entwicklungszusammenarbeit

Die Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit sind vielfältig und jeder sucht nach einer Berechtigung, für sich, das Tun und das Projekt. Kontrovers wird diskutiert, wer den „richtigen" Weg, den „richtigen" Ansatz und die „besten" Projekte hat. Über das Spannungsgeflecht zwischen Groß- und Kleinprojekten schreibt SPUNK-Redakteurin Svenja Tidau.

Egal ob „bigger is best" oder „small is beautiful", eines haben die beiden Strategien gemeinsam: Sie haben das Ziel, Armut zu reduzieren, das Leben und die Perspektiven von Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern zu verbessern – „nachhaltig" natürlich. Aber da hören die Gemeinsamkeiten scheinbar auch schon auf. Gemäß der Weisheit „der Weg ist das Ziel", gehen die Wege weit auseinander. Sie unterschieden sich in Zielgruppe, Wirkungsebene und sind durch unterschiedliche Ideologien, Theorien und Annahmen geprägt. Kleinprojekte haben die lokale Ebene und Projekten vor Augen, Großprojekten dagegen konzentrieren sich auf die staatliche Dimension, teilweise in regionalem Maßstab über Staatsgrenzen hinweg. Dabei stehen sich oftmals verschiedene Akteure gegenüber: Multinationale oder nationale (Regierungs-) Organisationen und Nicht-Regierungsorganisationen, jeder mit Anspruch auf effizientere und effektivere Projekte. Irgendwo dazwischen tummeln sich zudem privatwirtschaftliche Akteure wie Consulting-Unternehmen oder Einzelpersonen, der Prominenteste unter ihnen Bill Gates und seine Stiftung.

„Bigger is best" lautete lange die erhoffte Erfolgsformel, mit der internationale und bilaterale Entwicklungspolitik in die Praxis umgesetzt wurde: Großprojekte im öffentlichen Sektor, die den Zielländern effizienten und effektiven sowie – unter dem Druck des Ost-West Konfliktes und dem Systemkampf – schnellen und sichtbaren Fortschritt bringen sollten. Großprojekte sind in der Regel staatlich, d.h. auch von Zielländern selbst initiiert und von internationalen Organisationen und bilateralen Durchführungsorganisationen wie der deutschen Gesellschaft zur Technischen Zusammenarbeit (GTZ) finanziell, technisch oder personell unterstützt. Ziel ist es, auf das politische System einzuwirken und die staatlichen Rahmenbedingungen zu verändern. Beispiele hierfür sind auf der einen Seite Infrastrukturprojekte, wie der Aufbau eines (Straßen-) Verkehrssystems, dem Bau von Staudämmen. Auf der anderen Seite bedeutete dies vor allem bis in die 1990er makroökonomische Reformen einzuleiten; vereinfacht die Sanierung des Staatshaushaltes durch Privatisierung und Dezentralisierung, weg mit (Markt-) Macht vom korrupten, inkompetenten Staat. Jedoch sind es damals wie heute insbesondere große Projekte und Reformen, die zu Instransparenz neigen und so extrem korruptionsanfällig sind, durch Schmiergeldzahlungen, Privatisierung an Familie, Offiziere und Günstlinge, „ghost soldiers" in entlegenen Gebieten, die mit der Dezentralisierung erst „geschaffen" wurde..

Die mächtigsten und einschneidendsten „Goliath" Projekte legen der Internationale Währungsfond (IWF) und die Weltbankgruppe auf. Die Arbeitsteilung lautetet, der erstere vergibt relativ günstige Kredite gegen Konditionalitäten, letztere sorgt für deren Umsetzung. Mit der Anfang der 1980er einsetzenden globalen Verschuldungskrise von Entwicklungsländern verschlechterte sich ihre finanzielle Situation und damit ihre Handlungsspielräume dramatisch. Expansive Kreditpolitik vom IWF an Entwicklungs- und Schwellenländern hatte jene in die abhängig vom globalen Finanzmarkt und Geldgebern gemacht. Neue Kredite Haushaltsstabilisierung mussten aufgenommen werden. Im Gegenzug wurden unter dem Druck internationaler Geldgeber und ihrer Maxime „Entwicklung durch Wachstum" im Schnellverfahren Strukturanpassungsprojekte (SAPs) aufgelegt.

Es blieben kaum Alternativen um den finanziellen Kollaps zu vermeiden – Geld musste in die Kassen und so musste auch in den sauren Apfel der Sorte SAPs gebissen werden. Das diese jedoch nicht immer den prophezeiten süßen Geschmack hatten, zeigte sich bereits Ende der 1980er. Anstatt im Vornherein sozial verträgliche Instrumente zu entwickeln, die dem individuellen Gegebenheiten eines Staates entsprachen und die Menschen in den Mittelpunkt stellten, wurden top-down Standardlösungen verordnet.

Aus der Erfahrung jener Jahrzehnte, dem Versagen staatlicher Bürokratien und der steten, wenn auch unterschiedlich lauten Kritik an der einseitigen Politik, die allein dem Primat von Wirtschaft und Wachstum gefolgt war, speiste sich die Quelle aus der in den 80er insbesondere Süd-NGOs wie Pilze aus dem Boden schossen. So ist denn auch der Ausbau von Kleinprojekten logische Konsequenz. Kleinprojekte alá David haben eine vergleichsweise überschaubare Zielgruppe, eine Dorfgemeinschaft oder eine bestimmte Gruppe innerhalb einer Gemein-

schaft, und werden in der Regel von lokalen NGOs oder in Kooperation mit Internationalen durchgeführt. Sie können eher Selbsthilfe, Partizipation und empowerment garantieren, als dass „Goliath“ dazu in der Lage wäre. Außerdem sind sie dahingehend attraktiver, da sie im Allgemeinen überschaubarer sind – und bleiben. Das betrifft nicht nur die Ziel- und Wirkungsgruppe sondern auch einen geringeren Verwaltungsaufwand und finanziellen Risiken. Von NGOs wird im „Wettstreit“ mit Entwicklungsprojekten von großen Institutionen um die qualitätiv besseren Projekte oft mit größerer Effektivität und Effizienz argumentiert und damit, die „Ärmsten der Armen“ zu erreichen.

NGOs verfolgen die Grundsätze, unpolitischen und neutral zu sein, und arbeiten daher zumindest nicht direkt mit Regierungen oder Verwaltungsapparaten zusammen. Zwar stellt sich somit nicht die unmittelbare Gefahr bad governance und Korruption zu unterliegen wie dies bei staatlichen Großprojekten oft der Fall ist. Allerdings hängen insbesondere Nord-NGOs oft am Tropf staatlicher Gelder und das eröffnet neue Korruptionswege.

Außerdem stellt sich die Frage, welche Wirkung Kleinprojekte entfalten können, wenn politische Reformen und flächendeckende Programme wie in den Sektoren Bildung, Gesundheit und Wirtschaft ausbleiben. Ohne stabile Rahmenbedingungen und Infrastruktur kann Projekt, unabhängig von der Größe, nachhaltig die Lebenssituation von Menschen verbessern.

Es darf nicht übersehen werden, dass kleine Entwicklungsprojekte ebenso auf Strukturen einwirken, sie verändern können, jedoch auf der Ebene (klein-) gesellschaftlicher Strukturen. Jeder Akteur wird zu einem Teil des Geflechts aus Machtstrukturen und -beziehungen. So können auch diese nachhaltig geschädigt und sogar (Verteilungs-) Konflikte heraufbeschworen werden; sei es, innerhalb der Projektgruppe bzw. -dorf oder auf Grund von Konkurrenz und Neid von anderen Dörfern der Region.

Politische Systeme, in denen die Staatlichkeit meist schon schwach ist und durch Systemgegner untergraben wird, werden durch NGOs weiter geschwächt, umgehen sie doch den Staat und nehmen ihm damit unweigerlich einen Teil seiner Souveränität und damit Legitimität. Der Anspruch der Neutralität von NGOs wird damit in vielerlei Hinsicht fraglich.

Der britische Ökonom Ernst Friedrich Schumacher forderte bereits 1973 mit der Veröffentlichung seines Essaybandes „Small Is Beautiful: Economics As If People Mattered“ den Menschen und die Idee „smallness within bigness" auf dem Weg zu nachhaltiger (Wirtschafts-) Entwicklung in den Fokus zu stellen.

Durch Romantisierung von NGOs und Verteufelung von Großprojekten im Gewand von SAPs ist niemandem außer der Profilierung der internationalen HelferInnen dienlich. Im Wettstreit um die besseren Wege werden die genannten Argument pauschal aufgerechnet, so als könne eine mathematische Bilanz eine Antwort geben. Dafür ist Entwicklung ein zu komplexer Prozess.

Auch wenn die Meinung unbefriedigend sein mag, aber beide Projekttypen haben ihre Stärken und Schwächen und keiner der Akteure kann für sich beanspruchen, den goldenen Weg zu gehen. David und Goliath sollten die Waffen bei Seite legen und sich als Komplementäre verstehen. NGOs müssten ihre „Projektitis“ und Selbstüberschätzung ablegen, multinationale Institutionen und Regierungen mit dem Überstulpen von Standardlösungen aufhören. Die entwickelten Industriestaaten wären besser beraten, würden sie ihr Handeln und dessen Auswirkungen auf Entwicklungsländern in Frage stellen und ändern. Professor Franz Nuschler fragt in seinem Standardwerk „Entwicklungspolitik“ die entscheidende Frage: Wer entwickelt den Norden?

Svenja Tidau, 22, ist gebürtige Hannoveranerin und dort 2002 in die GJ eingetreten. Momentan studiert sie Europa Studien und Nachhaltige Entwicklung im Doppeldiplomstudiengang in Münster und Enschede/ NL.

Basisgruppenticker

Wie in jeder Ausgabe präsentiert euch der IGEL an dieser Stelle jung-grüne Aktivitäten vor Ort. Wenn ihr euren Ort nicht findet, dann werdet selber aktiv und gründet eigene eigene GJ-Basisgruppe. Ihr seid aktiv und trotzdem nicht im IGEL? Dann sagt uns Bescheid!

Die Grüne Jugend Holzminden trifft sich wie gewohnt jede Woche Dienstag 18 Uhr.

Im September haben wir eine Anti-Atomkraft-Aktion durchgeführt. Bei der Holzmindener Energiesparmesse "beehrte" uns Schirmherr Sander mit seinem Besuch, weshalb wir ihm die Ehre mit einem Infostand vor der Stadthalle zurückgegeben haben.

Bei unserer Aktion mit Schutzanzügen, Gasmasken, etc.. haben wir dem sogenannten Umweltminister unseren Widerstand entgegengebracht.

Die GJ Wolfenbüttel hat in den Sommerferien nicht viel gemacht,da fast alle im Urlaub waren. Allerdings haben wir noch unsere lange geplante Aktion gegen Tierversuche gemacht. Unser Flyer wurde nach vielfacher Bearbeitung dann doch noch erfolgreich unter die Leute gebracht. Seitdem ist kaum was passiert. Für das nächste Treffen sind aber textgebundene Diskussionen zu verschiedenen Themen geplant. Danach werden wir uns wieder auf ein größeres Thema festlegen und uns näher damit auseinandersetzen. Welches ist noch unklar, aber über neue Gesichter, die sich dann ja gleich an der Themenfindung beteiligen können, freuen wir uns immer.

Nazis, Kohlekraftwerke und stinkende Autos - finden wir scheiße und
haben das auch politisch zum Ausdruck gebracht. Zum einen indem wir nach Bad Nenndorf gefahren sind um dort gegen den größten Nazi-Aufmarsch Niedersachsens zu protestieren. Zum anderen indem wir nach Wilhelmshaven gefahren sind um dort gemeinsam mit anderen KilmaschützerInnen gegen den unsinnigen Bau von Kohlekraftwerken zu demonstrieren.
Zu Hause in Hannover waren wir natürlich auch aktiv. Daher haben wir nicht nur über eine autofreie Innenstast und kostenlosen ÖPNV diskutiert, sondern uns auch mit konkreten Aktionen (siehe www.cmhannover.blogsport.de) für eine lebenswertere Stadt eingesetzt.
Kontakt: mail@gj-hannover.de

In der letzten Zeit haben wir uns hauptsächlich mit der Vorbereitung des geplanten Klima-Aktionscamps in Wilhelmshaven beschäftigt. Aufgrund der nicht erteilten Genehmigung durch den OB aus Wilhelmshaven wurde aus dem Camp ein Klima-Aktionstag, bei dem wir gute Unterstützung vom Landesverband, Greenpeace und den Jusos aus Wilhelmshaven bekamen. Auch in Zukunft planen wir weitere Aktionen, wie zum Beispiel einen Protestbrief an unseren Bundesumweltminister um den Bau der Kohlekraftwerke in Wilhelmshaven zu verhindern.

Außerdem haben wir beim Klima-Camp in Hamburg Präsenz gezeigt sowie bei einer bundesweiten Flyerverteilaktion des AK Vorratsdatenspeicherung(VDS) geholfen.

In Oldenburg selbst waren wir tatkräftig an der Anti-Nazi-Demo beteiligt. Die Besetzung in unserer Ortsgruppe zeigt einige Veränderungen, da langjährige Mitglieder leider wegziehen oder ins Ausland gehen. Deshalb stehen demnächst Wahlen an, bei denen eine neue Sprecherin und ein neuer Sprecher gefunden werden sollen. Erfreulicherweise durften wir in letzter Zeit aber auch viele neue Gesichter begrüßen. Also keine Angst, wir bleiben auch weiter eine aktive Gruppe!

Die Grüne Jugend Sehnde - Lehrte ist vielfältig bei den Grünen sowie auch in Grüner Jugend Sache unterwegs.
Zwei Mitglieder arbeiten im jeweiligen Stadtrat, Lehrte war Ausrichter der vorletzten LMV und ist bei verschiedenen kommunalen Veranstaltungen, wie Fußballturnieren gegen Rassismus, immer vertreten, wenn auch nicht immer erster.

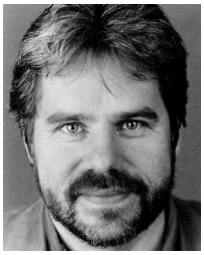
Die GJ Lehrte veranstaltet im Frühjahr ein großartiges Seminar zum Thema Bioethik zu welchem alle eingeladen sind.
Emails/Kontakt an Chris@gj-lehrte.de

Die Ortsgruppe Uelzen traf sich vor kurzem gemeinsam mit Annelen aus dem LaVo und vereinbarte eine baldige Wiederbelebungsaktion. Leider gehen Anne und Jonas für eine Weile ins Ausland, Hanna ist noch im Ausland und Doro, Sebastian, Stella und Katinka studieren in unterschiedlichen Städten. Trotzdem soll die Ortsgruppe nicht völlig aufgelöst werden und wir hoffen auf neue Mitglieder.

Auch nach der Sommerpause trifft sich die Grüne Jugend Verden im örtlichen Jugendzentrum. Diesem wurde aber kürzlich die Selbstverwaltung entzogen und der Trägerverein entmachtet. Nun ist im Gespräch, sämtliche politischen Aktivitäten aus dem Jugendzentrum zu verbannen, was wir uns nicht gefallen lassen wollen! Des weiteren planen wir eine Anti-Atom-Aktion in der Innenstadt.

Kontakt: gj-verden@gj-nds.de

Alarm! Wir brauchen dringend einen radikalen Kurswechsel im Kampf gegen den Hunger!



In diesem Jahr ist die Zahl der Hungernden sprunghaft angestiegen, von 850 auf 925 Millionen. Wird nicht endlich kraftvoll gegengesteuert, nähern wir uns der Milliardengrenze – und das in einer Welt, die zugleich von Überfluss und prall gefüllten Supermarktregalen gekennzeichnet ist.

Für die dramatische Zuspitzung der Welternährungskrise gibt es mehrere Ursachen: Der Agrotreibstoff-Boom ist eine davon. Noch stärker ins Gewicht fällt aber die Tatsache, dass weltweit auf rund einem Drittel aller genutzten Flächen Futtermittel für die Fleischproduktion angebaut werden. Ernteausfälle aufgrund des von Menschen gemachten Klimawandels, hemmungslose Spekulation mit Lebensmitteln und Land, ungerechte Strukturen im Welthandel sowie die Vernachlässigung von sozialen Sicherungssystemen und einer nachhaltigen, bäuerlichen Landwirtschaft – all das trägt dazu bei, dass vielen Menschen das elementarste Menschenrecht - das Recht auf Nahrung - verweigert wird.

Hier hilft keine Symptombekämpfung, sondern nur ein Mehrebenen-Ansatz, der alle relevanten Politikfelder umfasst:

1.Agrarwende weltweit: vor allem eine qualitativ und quantitativ bessere Förderung der nachhaltigen, bäuerlichen Landwirtschaft.

2.Ökologische und soziale Leitplanken: Verbindliche Nachhaltigkeits-, Menschenrechts- und Tierschutzkriterien für ALLE Agrarprodukte.

3.Fairer globaler Handel: Schluss mit den Agrar-Exportsubventionen des Nordens und Schluss mit dem Liberalisierungsdruck auf die Entwicklungsländer.

4.Recht auf Nahrung: Politik und Wirtschaft in die Verantwortung nehmen, Existenzsicherndes Minimaleinkommen einklagbar machen und Zwangsvertreibungen vor Gericht bringen.

5.Keine Spekulation mit Lebensmitteln und Land.

Für die gerechte Gestaltung der Globalisierung und einen Kurswechsel im Kampf gegen den Hunger sollten wir auch im Bundestagswahlkampf streiten. Wer hat Lust, in einer „Ideenschmiede“ für eine entsprechende Kampagne mitzuarbeiten? Kreative Köpfe sind hoch willkommen.

Weitere Informationen:

http://www.thilo-hoppe.de/cms/default/rubrik/11/11921.welternaehrung.html

Grüne Konferenz: „Zwischen Welternährungskrise und Suppenküchen – Strategien gegen Armut und Hunger“ am 28./29.11.2008 im Deutschen Bundestag

Service machen wir mit links!

Hier habt Ihr E-Mail-Adressen und Telefonnummern von AnsprechpartnerInnen der GRÜNEN JUGEND Niedersachsen (GJN):

Landesgeschäftsstelle
Odeonstraße 4
30159 Hannover
Fon: (05 11) 126 085 77
Fax: (05 11) 126 085 70
E-Mail: gjn@gruene-niedersachsen.de
Internetadresse: http://www.gj-nds.de
Bankverb.: Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 84 31 500, BLZ: 251 205 10
Geschäftsführung:
Dima Konsewitch
E-Mail: gjn@gruene-niedersachsen.de

Landesvorstand
Julia Willie Hamburg (Sprecherin)
julia.hamburg@gj-nds.de
Göttingen

Sven-Christian Kindler (Sprecher)
sven.kindler@gruene-jugend.de
Hannover

Christina Hennig (Schatzmeisterin)
christina.hennig@gj-nds.de
Göttingen

Clemens Schwanholdt(Polit. Geschäftsführer)
clemens.schwanhold@gj-nds.de
Wolfenbüttel

BeisitzerInnen
Patrick Drenske (Hannover)
patrick.drenske@gj-nds.de

Annelen Meyer (Göttingen)
annelen.meyer@gj-nds.de

Birte König (Verden)
birte.koenig@gj-nds.de

Jan Wienken
jan.wienken@gj-nds.de
Ortgsruppe Göttingen

IGEL-Redaktion
Gwendolyn Buttersack (Hannover)
Gwen2@gmx.net

Marcus Blumtritt (Hannover)
marcus.blumtritt@gj-nds.de

Ole Hilbrich (Braunschweig)
Ole.Hilbrich@gj-nds.de

Judith König (Wolfenbüttel)
judith.koenig@gj-nds.de

Simon Beneke (Hannover)
Simon.beneke@gj-nds.de

Birte König
birte.koenig@gj-nds.de

Vera Buttmann (Hannover)
vera.buttmann@gj-nds.de

Landesschiedsgericht
Juliane Seibert (Vorstitzende)
jule@janun.de

Helge Limburg
Helge.Limburg@lt.niedersachsen.de
Nienburg / Hannover

Mitglied im Bundesvorstand
Jan Philipp Albrecht (Sprecher)
mail@janphilippalbrecht.de

Wichtige Termine die bald anstehen:

GRÜNE JUGEND

31.10 - 2.11.08 Bundeskongress der GRÜNEN JUGEND in Potsdam

1.11.08 Landesparteitag der Altgrünen in Wolfsburg

7.-10.11.08 Anti-Castor-Camp der GRÜNEN JUGEND in Dünsche, Wendland

8.11.08 Bundesweite Anti-AKW Demo in Gorleben

28.11.-7.12.08 Jugendaustausch "Mittendrin oder nur dabei? Europas Rolle in der Post-Kyoto Zeit." in Berlin

12.-14.12.08 Seminar "Intervenieren für den Frieden" in Verden

09.-11.01.09 Seminar "Autonome Jugendkulturen"

13.-15.02.09 LMV der GRÜNEN JUGEND Niedersachsen in Göttingen
Schwerpunktthema: "Energie"

Weitere Informationen und Kontaktadressen, auch von GRÜNE JUGEND-Gruppen in Eurer Nähe, bekommt Ihr in der Landesgeschäftsstelle oder im Internet:
www.gj-nds.de (Niedersachsen)
www.gruene-jugend.de (Bundesverb.)

Seminar: Intervenieren für den Frieden

Die Grüne Jugend Hannover organisiert vom 12 - 14 Dezember ein Seminar, welches sich mit dem obengenannten Thema auseinandersetzt. Als Beispiel wird der Afghanistankonflikt herangezogen: Darf eine andere Nation in fremde Staatsgebiete eindringen um dort Missstände zu beheben - oder sogar Menschenrechtsverletzungen zu beenden?
Ist es vielleicht sogar die Pflicht aller anderen Nationen, dies zu tun?
Und muss dies, schlimmstenfalls, auch militärisch geschehen, ist dies im Afghanistan-Konflikt der Fall?
Als Starreferenten konnten wir Arvid Bell auftreiben, welcher seine Diplomarbeit über den Afghanistan-Konflikt geschrieben hat. Jürgen Trittin ist zumindest angefragt.
Das Seminar wird in Verden im Ökozentrum stattfinden und ist von der Grünen Jugend Hannover organisiert.
Wir freuen uns aber über Teilnehmer aus der ganzen Welt - Wer da ist, ist da.
Kontaktaddresse: Stephan.Siepe@googlemail.com oder Sven.Kindler@gruene-jugend.de

Hinweise zur Teilnahme an Seminaren

Meldet euch möglichst bald in der Landesgeschäftsstelle für die Veranstaltungen an! Die Teilnahmegebühr wird 10 Euro betragen und auf der Veranstaltung eingesammelt. Bahnkosten werden bis zu 50% des Normaltarifs (BahnCard 50 Preis) erstattet, Gruppentickets & ÖPNV ganz. Benzinkosten nur auf begründeten Antrag! Kostenanträge werden verteilt.
Ideen für Seminare und Kongress werden immer gerne vom Landesvorstand entgegen genommen!

Impressum

Herausgeberin
GRÜNE JUGEND Niedersachsen
Odeonstraße 4
30159 Hannover
Fon: (0511) 126 085 77
Fax: (0511) 126 085 70
E-Mail: info@gj-nds.de
Web: www.gj-nds.de
Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 84 31 500
BLZ: 251 205 10

Redaktion
Birte König, Gwendolyn Buttersack, Marcus Blumtritt, Ole Hilbrich, Judith König, Vera Buttmann, Simon David Beneke

Mitarbeit
Britta Veltzke, Christoph Müller, Sven Kindler, Dima Konsewitch, Katinka Koke, Svenja Tidau, Jan Wienken, Helge Limburg

Von Frauen geschriebene Artikel: 54 %
Fürs Layout entschuldigt sich:
Simon David Beneke

Druck:
Akzent Druck Hannover, gGmbH

Auflage: 700 Stück

Copy Left: Die Texte dieser IGEL-Ausgabe stehen unter der GNU Free Document License (GNU FDL).

Anmerkung
Namentlich gekennzeichnete Artikel, besonders in den Meinungsseiten, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.